

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1870

8.7.1870 (No. 156)

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 156.

Ersteinst täglich (Montag ausgen.)
Preis 1 R. 18 kr. durch die Post be-
tragen 1 R. 38 kr. vierteljährlich.

Freitag, 8. Juli

Insertionsgebühr:
die gespaltene Zeile über deren
Raum 3 Kreuzer.

1870.

Die deutsche Frage in der französischen Depu- tirtenkammer.

Im gesetzgebenden Körper Frankreichs, bei der Be-
rathung des Kontingentgesetzes, sind Aeußerungen ge-
fallen, deren hochbedeutendes Gewicht sich der Beach-
tung in ernstem Grade aufdrängt. Es liegt dadurch
am Tage, daß die allgemeine Lage fortwährt, bedroh-
lich zu sein. Der Grundton aller Kundgebungen Frank-
reichs in Bezug auf die seit 1866 in Deutschland, resp.
Mittel-Europa, gewordenen Verhältnisse ist immer der,
daß Frankreich durch die Machterweiterung Preußens
sich bedroht glaubt. Es erachtet die Machtverhältnisse
zu seinen Ungunsten verrückt. Die Klämung der ehe-
maligen deutschen Bundesstadt Luxemburg von Seite
Preußens, die Neutralisirung dieses von Deutschland
losgetrennten Landes, ferner die Zurückhaltung Preu-
ßens hinsichtlich seiner Endzwecke für die „deutsche Ein-
heit“ haben, wie die jüngsten Kammerverhandlungen
in Paris lehren, den französischen Nachbar nicht zu
beruhigen vermocht; es befindet sich die Spannung noch
immer auf dem alten Flecke. Man mag annehmen,
daß die Franzosen, von dem verletzten nationalen Ehr-
geiz geblendet, zu schwarz sehen, oder den chauvinisti-
schen Trieben folgend, absichtlich übertreiben — das
kann aber nichts abbrechen von der Gefährlichkeit der
Situation für den Weltfrieden. Zum zweiten Male
im Verlaufe von wenigen Tagen wird in der franzö-
sischen Kammer Veranlassung genommen, gegen Preußen
eine Sprache zu führen, welche Feindseligkeit und Miß-
trauen athmet, und die von der Spree aus, wo dieselbe
empfindlich berühren muß, nicht wohl wird unerwidert
bleiben können. Welche Eventualitäten diese Reibung
zwischen den beiden großen Militärmächten in sich trägt,
ist hier zu erörtern nutzlos; doch können wir nicht um-
hin, den Gegnern eines Bundes der deutschen Süd-
staaten die Frage vorzulegen, ob es etwa nicht wahr
ist, daß die Konstituierung eines Südbundes wesentlich
dazu gebietet haben würde, die Schärfe des Antago-
nismus zu mäßigen, und die Möglichkeit einer Collis-
sion, weil einen triftigen Vorwand zu derselben hinweg-
nehmend, mindestens in weitere Ferne zu rücken? —
Nach dieser Voraussetzungen lassen wir nunmehr, ohne
bei Erwägungen über deren Tragweite zu verweilen,
die Berichte über besagte Kammerverhandlung, bei welcher
auch der alte Thiers, auf dessen Stimme die franzö-
sische Nation stets mit gläubiger Empfänglichkeit hört,
das Wort ergriff, nach den Mittheilungen der großen
Journale folgen. Das Heeres-Kontingent für 1870
sollte nach der Regierungsvorlage von 80,000 Mann
auf 90,000 Mann erhöht werden. Als erster Redner
in der Generaldebatte ließ sich Graf La Tour (ein
ehemaliger französischer Offizier) vernehmen. Derselbe
sprach sein Bedauern darüber aus, daß das Beispiel,
welches die französische Regierung mit der Herabsetzung
ihres Kontingents um 10,000 Mann gegeben habe,
von den fremden Regierungen, und namentlich von

Preußen nicht befolgt worden sei. Unter diesen Um-
ständen befürchtet er, man könnte französischer Seite
zu weit gegangen sein, und führt aus, wie selbst mit
Kontingenten von 100,000 Mann die französische Hee-
resmacht der deutschen noch lange nicht gleichkomme,
zumal seitdem das preußische Landwehrsystem sich über
ganz Deutschland verbreitet habe. Er explizirt noch
einmal dieses System und namentlich die von dem
König Wilhelm durchgeführten Reformen, welche zu dem
Sieg von Sedowa führten; denn, sagt der Redner,
„während der König von Preußen also handelte, brach-
ten die Doktrinen im österr. Reichsrathe unter dem
Vorwand von Sparmaßregeln die Armee aus
Rand und Band.“ (Sehr gut.) In dem Friedens-
fuß der preuß. Armee sieht der Redner nichts Anor-
males; aber in Kriegszeiten scheint ihm die Differenz
der dortigen Streitkräfte und der französischen eine
ernstlich beunruhigende, da er jene auf 1,608,000, diese
dagegen nur auf 810,000 Mann berechnet. Redner
fährt fort: Unsere Politik gegen Deutschland soll keines-
wegs eine drohende sein, vielmehr soll zwischen den bei-
den Völkern ein Gefühl wohlwollender Brüderlichkeit
bestehen, ein Gefühl der Versöhnung, welches in dem
Prager Frieden seinen richtigen Ausdruck findet. Dieser
Friede schuf sehr große Vortheile für Preußen, er ver-
mehrte seine Bevölkerung thatsächlich um 11 Millionen,
denn der ganze Norden ist ihm unterthan; aber der
Prager Frieden ließ die süddeutsche Gruppe fortbestehen
und sicherte Oesterreich die ihm in dem Gleichgewicht
Europa's gebührende Stellung. Dieser Friede darf
also kein tochter Buchstabe sein, sondern wir müssen ihn
sorgfältig aufrecht erhalten. Ein Abgeordneter der uni-
tariischen Partei in Preußen, Hr. Miquel, hat im
norddeutschen Reichstage gesagt, daß die Mainlinie nur
eine Station sei, wo man Wasser und Kohlen ein-
nimmt und einen Augenblick verschluckt. Das ist die
Idee jener Partei in Preußen, welche nicht nur ganz
Deutschland absorbiren, sondern auch Oesterreich zer-
setzen und die 19 Millionen diesseits der Leitha an sich
reißen will. Ihr steht aber in Deutschland eine an-
dere Partei gegenüber, die da meint, daß die Größe
Deutschlands im Gegentheil die strenge Aufrechterhal-
tung des Prager Friedens und der Autonomie Süd-
deutschlands und Oesterreichs erheische. Zwischen diesen
beiden Parteien kann Frankreich nicht schwanken; bei
allem Wohlwollen für Preußen, so lange dieses in den
Grenzen des Prager Friedens bleibt, muß es noch in-
niger mit Süddeutschland und Oesterreich zusammen-
gehen, deren Allianz uns gesichert ist, so lange wir
keine Eroberungen auf Kosten Deutschlands machen
wollen. Aus dem Gesagten zieht Redner den Schluß,
daß, wenn die fremden Mächte nicht abrücken, Frank-
reich zu dem Kontingent von 100,000 Mann zurück-
greifen müsse.

Garnier-Pages entwickelt im Gegentheil hierzu
das von der Demokratie gewollte System einer reinen
Vollwehr. Dem hält Kriegsmin. Marschall Le Boeuf

entgegen, daß dieses System durchaus keine größere Er-
sporniß mit sich bringen würde. Davon aber abge-
sehen, sei dieses System ganz passend für ein neutrales
und von der Natur so wirksam geschütztes Land, wie
die Schweiz, aber nicht für einen Staat wie Frank-
reich. Eine zweijährige Dienstzeit würde nicht genügen,
dem Soldaten jenen Korpsgeist zu geben, welcher die
eigentliche Stärke einer Armee ist; dazu seien vier bis
vier ein halb Jahr, wie das gegenwärtige Gesetz vor-
schreibt, zum mindesten erforderlich. Ohne Eroberun-
gen zu träumen, kann Frankreich doch auf seine Rolle
in Europa nicht verzichten und eine Armee ist nur dann
gut, wenn sie auch die Offensive ergreifen kann. Der
Kriegsminister gibt beiläufig noch einige Aufschlüsse über
seine Absichten hinsichtlich der mobilen Nationalgarde.
Die definitive Entscheidung bleibe noch von der Ziffer
abhängig, welche im Budget bewilligt werden werde,
aber als Prinzip schwebt ihm der Gedanke vor, daß
Mannschaften daheim und die Cadres in Militärschulen
ausgebildet werden sollten. Schließlich berichtet der
Minister noch einige von den Vorrednern beigebrachte
Ziffern: nach der ihm vorliegenden Statistik komme 1
Soldat in Oesterreich auf 377, in Norddeutschland auf
237, in Rußland auf 523, in Frankreich auf 380
Einwohner. Das französische Armee-Budget übersteige
nicht das preußische, wo nur viele Lasten lokaler Art
seien und daher in dem eigentlichen Budget keinen Platz
fänden. Kurz, Frankreich hat mit der Herabsetzung
des Kontingents auf 90,000 Mann das Mögliche ge-
than; diese Ziffer und das Gesetz von 1868 seien für
jetzt ganz zuverlässige Grundlagen des Armeesystems.
(Beifall.)

Picard knüpft an die letzten Worte des Ministers
an und bekämpft das Gesetz von 1868, welches sich
bis zur Stunde noch nicht als lebensfähig bewährt
habe, da seine Bestimmungen hinsichtlich der mobilen
Garde noch immer ein tochter Buchstabe wären.

Baron Benoist bedauert im Gegentheil die Herab-
setzung des Kontingents; er glaubt sich berufen, dies
insbesondere Namens der Grenz-Departements auszu-
sprechen, welche in nächster Berührung mit dem bösen
Nachbar seien. Die Vorlage sei ein Eingriff in das
Gesetz von 1868, welches man nach Sedowa mit Be-
geisterung votirt habe; er beantragt also, daß man zu
der Ziffer 100,000 zurückgreife. Die Erwähnung Sa-
bowa's führt Thiers auf die Tribüne.
(Schluß folgt.)

Karlsruhe, 6. Juli. Es wird uns von Baden
aus mitgetheilt, daß Ihre Königl. Hoheit die Frau
Großherzogin gestern Abend dorthin von Gms zurück-
gekehrt ist, woselbst Höchstselbe einen Tag zum Be-
such bei Sr. Maj. dem König von Preußen verweilte.
Heute Nacht um 1 Uhr wird Ihre Königl. Hoheit
die Reise nach St. Moritz antreten, nachdem das Be-
finden des Prinzen Ludwig Wilhelm ein befriedigendes
geworden ist. Die Großherzogin wird sich über Chur

Verschiedenes.

Neckarbischofsheim, 1. Juli. In den letzten Tagen wurde
bei Haselbach in der Nähe von Neckarbischofsheim die Leiche
eines in den besten Verhältnissen stehenden Mannes am Weg
ohne Spuren von Vererbung aufgefunden. Derselbe war Abends
vorher in Waibstadt von der Eisenbahn ausgestiegen. Deutliche
Spuren der Erstickung lassen auf ein Verbrechen eigenthüm-
licher Art schließen, über welches die eingeleitete Untersuchung
Licht verbreiten möge.
(Warte.)

La hr, 2. Juli. Hier ist vorgestern eine Frauensperson ge-
storben, welche seit 57 Jahren in einer und derselben Familie
als Magd gebient hat. Sie ist eine Württembergerin, geb. 1795
zu Sulz a. N. Sie trat im Jahre 1813 bei dem Förster Jak.
Maurer in Dienst, bei dessen Nachkommen sie bis zu ihrem
Tode in größter Treue ausharrte, aber auch als zur Familie
gehörig betrachtet und behandelt wurde.

Oberischopfheim, 1. Juli. (L. Z.) Die Feierlichkeiten bei
der hiesigen Bürgermeistereiwahl haben traurige Folgen gehabt.
Als man vor dem Hause des Gemählten einen Maiein aufrich-
tete, fiel derselbe dem Sohne des Polizeibieners so auf den
Fuß, daß dieser sehr schwer verletzt wurde. Beim Schießen
wurde dem Polizeibieners selbst ein Arm zerschmettert, während
ihm ein Theil der Ladung in den Bauch fuhr.

Herrichried, A. Säckingen, 30. Juni. (Freib. Z.) Gestern
Nachmittag um 4 Uhr brach in dem Hause des Joseph Matt,
alten Bogts, Kinder von Strittmatt, Feuer aus, welches mit
solcher Macht um sich griff, daß im Verlauf einer Stunde das

Haus sammt Scheuer ein Raub der Flammen wurde. Es ver-
brannten 4 Ziegen und sämtliche Fahrnisse, welche nicht ver-
sichert waren. Das Feuer soll durch die Unvorsichtigkeit einiger
Knaben entstanden sein, die bei dem mit Stroh gedeckten Schopfe
geraucht haben.

Bonn dor f, 1. Juli. Vorgestern machte die hiesige Leseges-
ellschaft einen Ausflug nach dem Roggenbacher Schlosse im
Steinathale. Es war eine zahlreiche Gesellschaft in den Räu-
men der Burg versammelt, als man plötzlich wahrte, daß der
Wald, der bis an das Gemäuer des Schlosses heranreicht, in
Brand stand. Die Burg war in dichtem Rauch gehüllt und Alles
begann zu fliehen. Den Anstrengungen von aus dem nahen
Witteloosen herbeigeeilten Löschmannschaften gelang es, des
Feuers Herr zu werden.

Ueberlingen, 1. Juli. In Wintersulgen wurde vor eini-
ger Zeit ein Mädchen von einem wuthverdrängten Hunde ge-
bissen. Dieser Tage starb dasselbe an der Wundstich.

Breslau, 29. Juni. Gestern Abend betrat der Schuhma-
chergehilfe Hartung ein Restaurationslokal, wo er sich ein Glas
Bier geben ließ, in das er heimlicher Weise den Inhalt eines
Fläschchens mit Cyanalkali schüttete. Er trank sofort die Hälfte
des Bieres, wankte in den Hof des Lokales und stürzte dort
zusammen. Mittlerweile kam ein Balladspieler an jenen Tisch,
wo das vergiftete Bier stand, und in der Meinung, daß es
das seinige sei, ergriff er das Glas und leerte es bis zur Neige,
worauf er augenblicklich bewußtlos zu Boden stürzte. Nach Ver-
lauf einer Stunde gab er trotz aller angewandten Gegenmittel
den Geist auf, während Hartung noch am Leben ist.

Mit der westindischen Post ist die Nachricht eingetroffen
von einer gewaltigen Feuerbrunst in Panama. Bei Abgang
des Schiffes war die Bank abgebrannt, und die Kathedrale
stand in Flammen.

Ueber die Gräuel auf Cuba sagt Präsident Grant in
seiner Volksgast u. A.: Auf Seiten Spaniens haben Graf Bal-
mejada und Oberst Voet durch die Hinrichtung von einigen
zwanzig Gefangenen auf einmal die Menschheit ausgerüttelt
und die Entrüstung der civilisirten Welt erregt, während Gen-
eral Ducejaba, der cubanische Befehlshaber, kaltblütig und sich
augenscheinlich keiner ungeziemenden Handlung bewußt, zuge-
standen hat, daß er auf einen Tag und auf seinen eigenen wohl-
erwogenen Befehl hin über 650 Kriegsgefangene habe hinschlach-
ten lassen.

New-York, 14. Juni. Der Konsum von Lagerbier in
den vereinigten Staaten wird von einem Statistiker des „N.-Y.
Herald“ auf 6,500,000 Faß per Jahr angegeben, zu deren Er-
zeugung 970,000 Acres mit Gerste und 42,825 Acres mit
Hopfen bebaut nothwendig sind. Nicht weniger als 45,000
Personen sind in diesem Industriezweige beschäftigt und das
in demselben angelegte Kapital beträgt, nach derselben Quelle,
über 106,000,000 Doll.

Aus Zanzibar, Ostafrika, wird vom Februar d. J.
geschrieben: Die Cholera verbreitet sich über die ganze Küste.
Auf der Insel starben bis jetzt 80,000 Menschen und in der
Stadt Zanzibar 15,000. Die Epidemie kam aus dem Innern
Afrika's und hat sich wieder landeinwärts gewendet.

in das Engadin begeben; in der Begleitung Ihrer Königl. Hoheit befinden sich die Hofdame Freifräulein von Ungern-Sternberg und der dienstthuende Kammerherr Freiherr von Edelsheim. (Khr. 3.)

Δ Karlsruhe, 5. Juli. Wer immer im Lande unabhängig und freigesinnt, ist darüber einig, daß Selbstbestimmung, Selbstverwaltung des Volkes, Autonomie der Gemeinden, leeres Schellenglocken bleiben, so lange die Bürger sich von der bürokratischen Bevormundung nicht loszumachen wissen. Darum die einbringliche Mahnung bei den jetzigen Gemeindevahlen, solche Männer zu Bürgermeistern zu wählen, die sich nicht dazu hergeben, das unterste Glied an der bürokratischen Kette zu sein, sondern selbstbewußt und mutig sich als den ersten Bürger und Vertreter des Willens ihrer Mitbürger auch gegenüber der Regierung hinstellen. Dieses ist indessen leichter gesagt, als durchgeführt. Die Bürgermeisterstellen aller Gemeinden des Landes mit lauter Männern wie Baumert von Simonswald besetzt, würde höchstens dazu reichen können, einer noch weiter gehenden Ausdehnung des Bevormundungssystems einen Damm entgegenzusetzen. Das System der Miß- und Vielregiererei des omnipotenten modernen Staates durch das Beamtenthum hat sich so sehr aller Verhältnisse bemächtigt, und ist so tief eingewurzelt, daß solches zu heugen und zu verdrängen die Fortschrittsarbeit eines Jahrhunderts erfordern dürfte, in welcher Thätigkeit die Pflanzung des noch sehr mangelnden bürgerlichen Unabhängigkeitssinnes allerdings eines der ersten Mittel bildet. — Sehe man sich nur einmal die Beschaffenheit der Dinge näher an; wie der heutige Staat in der angemessenen Allgewalt die zweite Vorsehung spielt. Da wird an dem Volke herumdröselirt, wird reglementirt, schablonirt, schematisirt, diktiert, nivellirt, gefehfabrizirt, wie wenn der Staat Gott Vater in der Welterschöpfung übertreffen wollte. Ein ganzes Heer von Beamten muß förmlich darauf studiren, statt des Volkes zu denken, diesem das Denken in seinen eigenen Angelegenheiten zu ersparen — das Beamtenthum ist beständig auf den Beinen, das Volk zu kommandiren, zu belehren, „aufzuklären“, in die Gemeinden hineinzuregieren, zu visitiren, zu rügen, mitunter auch zu brutalisiren — eine bürokratische Beherrschung fast aller Lebensbeziehungen des Volkes, das an dieses Gängelband so sehr gewöhnt wurde, daß bis jetzt nur ein verschwindend kleiner Bruchtheil desselben sich getraut, seinen Horizont über das Steuerzahlen und Soldatenstellen hinauszustrecken, die große Mehrheit aber, namentlich der Landbevölkerung, in einer so zu sagen knechtischen Furcht vor dem Amtmann kaum das Haupt zu erheben wagt. Solcher Zustand ist eine Fronie auf das Prinzip der Autonomie, der Freiheit und Selbstverwaltung. Das Grundübel der heutigen Zeit, welches die Freiheit nicht aufkommen läßt, die Lehre von der Staatsallgewalt, kann nur durch einen allgemeinen Ideenumschwung, der langwierige Kämpfe erfordert, oder in Folge großer Katastrophen, Umwälzungen herbeiführend, seine Ausrottung finden. In den Blüthentagen der badischen neuen Aera scheinen die leitenden Geister von einer Erkenntniß ergriffen worden zu sein, denn in der „Khr. Ztg.“, Jahrgang 1860, wurde ziemlich verständlich, ja mit düren Worten ausgesprochen, daß „ein für den Staatsdienst besonders abgerichteter Stand“ vom Uebel sei — für die Entwicklung der bürgerlichen Freiheit. Wie in andern Stücken, so auch in diesem ist freilich die neue Aera alsbald, das Prinzip verläugnend, von ihrer ursprünglichen Bahn abgewichen. Eine künftige Aera wird den richtigen Faden aufzunehmen haben. —

Δ Karlsruhe, 5. Juli. In der „Karlstr. Ztg.“ von heute ist wieder einmal ein polemischer offiziöser Artikel erschienen. Wir meinen, es müsse der erste sein seit den Tagen der Offenburgerer. Sonderbarer Weise kam der Anlaß dazu von einem ministeriellen oder nationalliberalen Blatt, von der „Freib. Ztg.“ — Aufschluß darüber gibt der Eingang des offiziösen Artikels in der „Khr. Z.“, welcher lautet:

„Zu unserer größten Ueberraschung finden wir in der „Freib. Ztg.“ Nr. 154 vom 3. d. M. wieder einen Artikel über das „militärische Avancement“ und die „Pensionirungen in Baden“, welcher von absolut unrichtigen Voraussetzungen ausgehend zu derart entstellten Schlussfolgerungen und Behauptungen fortschreitet, daß er einer jeden regierungsfeindlichen Zeitung zur Zierde gereichen würde.“

Wir haben keine nähere Kenntniß von der in der „Freib. Z.“ veröffentlichten Auslassung. Nach Vorstehendem wird man aber sagen dürfen, das Murren über gewisse Verhältnisse habe sich bereits in dem Maße ausgebreitet, daß selbst ein so sehr ministerielles, abhängiges Blatt, wie die „Freib. Z.“, demselben seine Spalten öffnete. Ja, es muß nothwendig geschlossen werden, der Einsender des gerügten Artikels in der „Freib. Z.“ gehöre zu keiner der Oppositionsparteien, da ihm erstens andernfalls die „Freib. Z.“ sicherlich die erwiesene Rücksicht versagt, und zweitens derselbe ein „ultramontanen“ oder demokratisches Blatt angegangen haben würde. Diefem Umstand mag es auch zuzuschreiben sein, daß die angegriffene Kriegsverwaltung sich ausnahmsweise zu einer Aeußerung in der Presse entschloß. In dem offiziösen Artikel der „Khr. Z.“ wird fortgefahren:

„Die Kriegsverwaltung befindet sich dergleichen öffentlichen Angriffen auf dem Boden persönlicher Verhältnisse gegenüber in einer überaus schwierigen Lage. Sie kann sich weder auf eine eingehende Widerlegung in der Presse einlassen, noch selbst den gerichtlichen Weg der Anklage beschreiten, ohne Gefahr zu laufen, persönliche Verhältnisse der Deffentlichkeit übergeben zu müssen, wodurch daran betheiligte Personen, welche an der öffentlichen Behandlung der Sache ganz unschuldig sind, auf das empfindlichste berührt würden.“

Der Offiziöse beruft sich dann darauf, daß die Aufgabe der großh. Kriegsverwaltung darin bestehe: „eine der norddeutschen Armee ebenbürtige Truppe in der badischen Division herzustellen.“ Von allen vorurtheilswissen, unparteiischen Seiten und vor Allem von der großen Mehrheit der Stände werde der großh. Kriegsverwaltung die Anerkennung nicht verjagt, daß sie mit gewissenhaftester Sorge und nicht ohne Erfolg dieser ihr gesteckten Aufgabe sich widme. Sie handle nur nach ihrer gewissenhaften Ueberzeugung bei der Personenfrage: die richtigen Männer an die betreffenden Stellen zu bringen. — Ganz richtig; nach der Art, wie die dermalige großh. Kriegsverwaltung ihre Aufgabe auffaßt und ihrer demgemäßen Verantwortlichkeit sich bewußt fühlt, kann es für sie keine außerhalb dieses Anschauungskreises liegende Rücksichtnahme geben. Insofern die „Freib. Z.“ hiernach einen Angriff gegen die großh. Kriegsverwaltung gerichtet, ist derselben der ertheilte Wischer als hinlänglich verdient wohl zu gönnen. Für solche Klagen hat die „Freib. Z.“ unjeres Bedünkens die richtige Adresse verfehlt. Die Regierung in Verbindung mit der Kammermehrheit und gestützt auf diese, hat beschlossen, daß das Militärwesen in Baden auf dem preußischen Fuße und im preußischen Geiste eingerichtet werde. Der ausgezeichnete hohe Militär, den man als eine Autorität hierfür berufen hat, wurde mit der entsprechenden Machtvollkommenheit ausgerüstet. Sein Werk, wie die Mittel, die er zu dessen Vollkommenheit, nach seiner fachmännischen Beurtheilung ergreift, sind gutgeheißen, sind belobt von den Auftraggebern; Bedes ist daher jeglichem Vorwurfe von dritter Seite, so weit es ihn betrifft, entrückt; man kann nur die Positivität des Gesamtministeriums und der Kammermehrheit darob anklagen; ebenso wie wegen der sogenannten Verpreuung in den Civil-Verhältnissen, nachdem dieselbe von der Regierung und Kammermehrheit gewollt und angebahnt ist, wiederum der einzelne Ressortminister, der in Uebereinstimmung mit der Regierung und der Majorität der Stände dieselbe ausführt, nur das in der Sache selbst Liegende thut, wenn er beispielsweise die einheimischen Gelehrten und Beamten nicht für geeignet hält, das Land in die gewollte Konformität mit dem preußischen Wesen zu versetzen. — Wer hiernach aus diesen Verhältnissen, aus den Berufungen zc. Grund zu Klagen schöpft, und wer immer diesen Zustand als eine Landeskalamität ansieht, hat das ganze Gewicht der Verschuldung lediglich auf die Haltung der Mehrheit beider Kammern zu legen, welche gegen die offenkundig anders beschaffene Willensmeinung der Volksmehrheit zur Heimführung des Landes mit diesen, als eine Kalamität angesehenen, Zuständen „freudigen Herzens“ die Hand geboten haben. —

Es gab einen Zeitpunkt, ehe das sogen. Verpreuungssystem sich zu entfalten begann, in welchem eine moralische Profession auf die Kammermehrheit und das Ministerium vielleicht von Erfolg gewesen wäre; man hat das versäumt und kann nun zwar murren, seinem Groll Ausdruck geben, aber vorerst an der Lage nichts ändern. —

Vom Bodensee, 29. Juni. (Pf. B.) Nach dem Neulenburgener Boten hat sich der Großherzog bei seiner Anwesenheit in Stockach sehr freisinnig über den Vollzug des Gemeindegesetzes ausgesprochen. „Nur die Selbstthätigkeit und Selbstverwaltung lerne den Werth der Freiheit recht erkennen und führe zur wahren Freiheit; jezt sei die Zeit gekommen, wo der Beamte nur als treuer Rathgeber den Bürgern zur Seite steht.“ So ist's recht, und der Bürger soll sich insbesondere diese letzten Worte merken. Wenn der Beamte von nun an nur ein treuer Rathgeber dem Bürger sein soll, so liegt es auf der Hand, daß er seinen Rath nur dann zu geben hat, wenn er hiezuvom Bürger aufgefordert wird. Er hat sich also jezt in die Gemeindevahlen nicht ohne besondere von der Gemeinde ausgegangene Veranlassung zu mischen. Wenn es Pascha's geben sollte, die anders handeln, so ist es am Bürger, die Worte des Großherzogs ihnen entgegenzuhalten und in öffentlichen Blättern solchen Unfug zur Sprache zu bringen.

— **Berlin, 4. Juli.** Die Studenten-Versammlung, welche von der Minorität des ständigen Ausschusses berufen war, um über den Beschluß des letztern bezüglich der Nichtbetheiligung der Studentenschaft an der Feier des 3. August endgültig zu entscheiden, hatte eine 10 zahlreichere Theilnahme gefunden, da das größte Auditorium der Universität die Zahl der Anwesenden kaum zu fassen vermochte. Die Freunde der Feier traten mit lebhaftem Eifer für eine Verherrlichung des Stifter's der Universität ein. Die Gegner charakterisirten ihrerseits das Regierungssystem Friedrich Wilhelm's III., hoben die Verfolgungen der Burschen-

schaften, die „Unterdrückung jeder freirechtlichen Regierung an den Hochschulen, die Absetzung der tüchtigsten und beliebtesten Lehrer“ hervor und kamen zu dem Schluß, daß hiernach „kein deutscher Student sich bereit finden lassen dürfe, an einer Verherrlichung dieses Systems, unter dessen Druck man noch heute stehe, Theil zu nehmen“. Das bereits gemeldete Resultat der Abstimmung war, daß die Betheiligung an der Feier mit etwa 400 gegen 100 Stimmen abgelehnt wurde. Die Minorität erklärte, daß sie sich ihrerseits durch diesen Beschluß nicht als gebunden erachte. — Die Offiziösen hatten häufig die absolute Zurückhaltung der preußischen Regierung dem Concil gegenüber verkündigt. Nun haben aber in den letzten Tagen das „Wiener Vaterland“ und das „Mzr. Journ.“ Artikel veröffentlicht, welche darthun, daß der Kultusminister v. Mühlerschon vor dem Zusammentrifften des Concils, Anfangs Oktober v. J., an die Bischöfe ein Schreiben gelangen ließ, in dem die Stellung der Regierung in Betreff der eventuellen Beschlüsse des Concils auseinandergesetzt wurde. Nachdem der Minister von vornherein gesagt, daß, wenn die preußischen Bischöfe an dem Concil Theil nehmen, sie damit nur von einem Rechte Gebrauch machen, das die Verfassung des Landes ihnen gebe, fährt derselbe fort: „Die bisher bewährten verfassungsmäßigen Prinzipien der religiösen und kirchlichen Freiheit finden auch auf den vorliegenden Fall ihre volle Anwendung. Auch haben die Grenzen, innerhalb deren sich die Freiheit der Kirche bewegt, sowie die Gegenstände und Fragen, für welche die Gesetzgebung des Staates und deren Handhabung durch staatliche Organe vorbehalten bleiben muß, durch die innere Entwicklung des preußischen Staatsrechtes, durch Legislation und Verwaltung im Einzelnen eine so klare und erschöpfende Bestimmtheit erhalten, daß über den Umfang derselben kaum noch in irgend einer einzelnen Beziehung ein Zweifel übrig ist. Diese Grenzen zu wahren und den Zustand gesicherter Rechtsordnung aufrecht zu erhalten, ist nicht ein Interesse des Staates allein, sondern in nicht geringerem Maße ein Interesse und eine Aufgabe auch der Kirche. Die königliche Staatsregierung hegt das Vertrauen, daß die preußischen Bischöfe auch außerhalb des Heimathlandes der Rechte und Pflichten sich bewußt bleiben, welche ihnen als Bürgern des Reiches und als Unterthanen Sr. Majestät des Königs zukommen. Sie ist aufrichtig gewillt, den bestehenden Rechts- und Friedenszustand innerhalb des Landes aufrecht zu erhalten. Sie wird aber darüber wachen, daß nicht Störungen herbeigeführt werden, und denselben, wenn nothwendig, entgegenzutreten und ist sich in diesem Punkte, sofern es sich um die Abwehr von Uebergriffen auf das staatliche Rechtsgebiet handelt, der Uebereinstimmung mit allen christlichen Regierungen bewußt. Wird der hier bezeichnete Standpunkt von allen Seiten gleichmäßig anerkannt und gewahrt, so kann auch die Abhaltung des bevorstehenden Concils dazu beitragen, die Auffassungen zu klären und eine richtige Würdigung der Verhältnisse zu fördern.“

— **Frankfurt, 5. Juli.** Seit 3. d. ist hier der 5. deutsche Journalistentag versammelt. Man strebt eine Association der Geschäftsgeoffenen für Rechtschutz und Unterstützungszwecke, überhaupt eine Standesverbindung an. Es werden die Stellung der Presse, die Preßgesetzgebung, Preßmaßregelungen, der Autorenschutz u. A. in den Kreis der Besprechungen gezogen. Die Journalistik befindet sich weder dem Staate noch dem Publikum gegenüber in jener Stellung, die sie zu beanspruchen und zu wünschen habe. Hier, die dort werde sie als ein nothwendiges Uebel betrachtet: vom Staat als ein Sprengmaterial, dem gegenüber man alle möglichen Vorsichtsmaßregeln beobachten müsse, vom Publikum als gelegentlich brauchbares Werkzeug, dessen tiefere Bedeutung aber wenig verstanden sei und deren Vertreter man nicht diejenige Achtung jolle, die den Organen der öffentlichen Meinung gebühre. Diese Verhältnisse hätten die Entwicklung einer Journalistik, die „der Träger der Entwicklung, der Hort der Freiheit, der Vorkämpfer des Fortschritts, der Widersacher des Unrechts sei“, auf deutscher Erde erschwert, und die so außerordentlich verschiedenartigen Elemente, die sich auf dem Journalistentage zusammensanden: Repräsentanten von politischen Zeitungen jeden Ranges und jeder Richtung, vom Radikalen bis zum Offiziösen, von Unterhaltungsblättern, Fachzeitungen, Männer der geistigen Produktion auf der einen, solche des mercantilen Betriebes auf der andern Seite, lähmten seine Aktion und erklärten es, wie sich dessen Bedeutung wesentlich auf den Werth des persönlichen Zusammentreffens und mündlichen Meinungsaustausches beschränke.

Die „Khr. Ztg.“ theilt mit, daß 50 Vertreter der deutschen Presse ihre Theilnahme angemeldet haben. Aus Wien, Berlin, Köln, Breslau, Posen, Mannheim, Leipzig zc. Rath. Blätter sind unvertreten. Von bekannten Persönlichkeiten sind zu nennen: Dr. Friedländer von der „N. Fr. Pr.“, Hügel von der „Vorstadtztg.“ in Wien, Kleike, Chef-Redakteur der „Voss. Ztg.“, Guido Weiß, Redakteur der „Zukunft“, Steinig von der „Berl. Volksztg.“, Bürger von der „N. Ztg.“, Paul Lindau, Redakteur des „Neuen Blattes“,

Hans Wachenhusen, Julius Stettenheim, Redakteur der „Wespen“ in Berlin, Davidsohn vom „Börsen-Courier“ und Lucas, Eigentümer der „Elberf. Ztg.“

Heute findet eine Lustpartie statt. Frankfurt hat einen freundlichen Empfang bereitet, doch kann es zumal bei seinen jetzigen Verhältnissen nicht bieten, was Wien im vorigen Jahre. Denn der Wiener Tag war der Glanzpunkt dieser noch jungen Vereinigung, durch die Huldigungen, die Ministerium, Kommune und Künstlerthum den Vertretern der Presse dargebracht; durch den „Athem deutscher Freiheit und freien Deutschthums“ habe jener Tage geradezu eine politische Bedeutung erhalten: die eines Protestes der Ausschließung der österr. Lande aus den deutschen Marken.

Bad Gms, 4. Juli. Die Königin Augusta traf gestern zu einem kurzen Besuche des Königs hier ein und kehrte schon um drei Uhr wieder nach Koblenz zurück.

München, 5. Juli. Die Kammer der Abgeordneten hat die Staatsregierung zur provisorischen Fortsetzung der Steuern bis Ende September ermächtigt. Hierauf ward die Berathung der Advokatenordnung fortgesetzt. — Das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten hat beschlossen, den H. v. Liebig, Wilhelm v. Kaulbach und dem Dr. v. Steinheil das Ehrenbürgerrecht der Residenzstadt zu verleihen.

Augsburg, 3. Juli. Der Abg. Dr. Huttler, welcher seit einigen Wochen an einem sehr heftigen Gichtanfall erkrankt war, befindet sich nunmehr wieder auf dem Wege der Besserung und wird hoffentlich bald seiner Thätigkeit in der Kammer sich zurückgeben sehen. Leider hat aber dadurch das von Hrn. Bucher übernommene Referat über die Arbeiterfrage abermals eine bedeutende Verzögerung erfahren. (N. P. 3.)

Aus Prag wird gemeldet: Die ungarischen Getreide-Exportzüge mittelst der österr.-französischen Staatsbahn nach Norddeutschland haben begonnen. Am 1. Juli sind in Prag bereits 12,000 Ztr. Getreide durchpassirt.

Ausland.

Rom. Der „N. N. Ztg.“ wird von hier 3. Juli telegraphirt: Fast alle Bischöfe haben auf's Wort verzichtet. Die Entscheidung steht unmittelbar bevor. — Aus katholischen Quellen wird berichtet: Das Postulatum, welches wegen des Schlußes der Diskussion über das vierte Kapitel eingereicht wurde, beantragt zugleich, daß allen denjenigen Bischöfen, welchen der Schluß die Gelegenheit entziehe, ihre Reden zu halten, gestattet sei, dieselben schriftlich zu Bekanntheit an die Kommission und zur Verteilung an die Concilsväter einzureichen. Vor wenigen Tagen trat die Kommission zusammen und beschloß eine abermalig veränderte Fassung des vierten Kapitels. Zugleich aber beauftragte die Deputation zwei ihrer Mitglieder, bei dem Kardinal v. Rauscher und Mgr. Dupanloup anzufragen, ob sie dieser veränderten Fassung beistimmen. Diese verneinten ihre Zustimmung. — Wie bekannt, gehört der Kardinal Guibi dem Dominikaner-Orden an, welcher vor nicht langer Zeit durch seine dem Concile angehörenden Mitglieder den Beschluß gefaßt hatte, die Unfehlbarkeits-Erklärung durch das Concil zu unterstützen. Um so mehr wundert man sich, daß der Kardinal, welcher damals mit diesem Beschlusse einverstanden war, in seiner neulichen Rede die Ansichten der Minderheit vertheidigt hatte. Die Freunde des Kardinals jedoch, sowie er selbst sagen, daß seine Rede nicht jener Kundgebung widerspreche und daß sein Vortrag nichts als eine Vereinbarung zwischen Mehr- und Minderheit habe erzielen sollen. — Central-Amerika hat in der Person des Herrn Marien-Montesologer einen Gesandten beim hl. Stuhle accreditirt. — Die Wiederkehr des Jahrestags der Krönung des Heiligen Vaters hat dem Chefredakteur des Turiner Blattes „L'Unita Cattolica“ Anlaß zur Veranstaltung einer Sammlung unter dem italienischen Klerus gegeben. Das Resultat dieser Sammlung, 83,785 L. und einige werthvolle Gegenstände, wurden dem Heiligen Vater übermittelt.

† **Florenz, 5. Juli.** „Indep. Ital.“ meldet aus Athen: In Folge einer Meinungsverschiedenheit zwischen Zaimis und Balaoritis bezüglich der Frage, ob der zur Untersuchung der Katastrophe von Dropos niedergesetzten Kommission eine Grenze ihrer Thätigkeit vorzuzeichnen sei oder nicht, ist eine Ministerkrisis ausgebrochen.

† **London, 6. Juli.** Die „Morn.-Post“ bringt ein Telegramm aus Tientsin (China), wonach am 21. Juni in Peking ein Volksaufstand gegen die Franzosen ausgebrochen ist. Alle französischen Priester und barmherzigen Schwestern, der Chargé d'Affaire Rochepouart, der französische Consul, sowie 3 Russen wurden ermordet und die Kathedrale niedergebrannt.

† **Washington, 5. Juli.** Der Bericht des Finanzausschusses des Senats spricht sich gegen die Staats-Schuldentilgungs-Bill aus. Es ist eine Konferenz beider Häuser angeordnet.

† **New-York, 4. Juli.** Nach offiziellen Berichten wird ein allgemeiner Indianeraufstand längs der Pacific-Bahn befürchtet.

Dritte Generalversammlung der katholischen Vereine Rheinlands und Westfalens.

Essen, 29. Juni.

(Schluß.)

Von lebhaftem Beifall begrüßt bestieg alsdann Herr Generalpräsident Schaeffer aus Köln die Tribüne, um Grüße von der Generalversammlung der Präsidien des katholischen Gesellenvereins zu überbringen, welche in voriger Woche in Köln getagt hat. Die erste Aktion, welche man sich da gemerkt habe, sei die, daß die socialen Vorführer unserer Tage bei weitem nicht so gefährlich seien, wie sie sich den Anschein geben, und so sehr sie auch auf die große Trommel schlugen. Der Gesellenverein, der einen realen Boden sich geschaffen, werde mit neuem Muthe in seinem Werke fortfahren, um das ehrsame Handwerk, das noch lange nicht verrathen und verkauft sei, zu bewahren und zu heben.

Im Namen aller Präsidien, die in Köln getagt, hat der Redner die Versammlung, sich der Sache des Gesellenvereins anzunehmen, sie mit Rath und That zu unterstützen, besonders jetzt, wo derselbe seine Aufgabe erweitert habe. In den Fluctuationen der socialen Bewegung sei der Gesellenverein das einzige Stabile; er werde sich dankbar erweisen, indem er dem Staate brave und tüchtige Bürger liefere. Darum verbiete er aber auch unterläßt zu werden durch Stadt und Staat.

Hr. Rector Witte aus Bayenthal bei Köln wandte sich an die in der Versammlung sehr zahlreich anwesenden Arbeiter. Er fühle sich wohl auf diesem Boden, wo ein einziger christlicher Arbeiterverein 600 Mitglieder zähle. Bei dem Arbeiter, mit dem er in beständigem Verkehr lebe, habe er die besten Sinn, Wohlthätigkeit, christliche Liebe und Glauben gefunden. In der Seele thue es ihm wehe, wenn er sehe, wie man den Arbeiter um die Religion zu bringen suche. Das Haupthinderniß, das einem tiefergehenden Wirken der christlich-socialen Partei noch im Wege steht, ist das Mißtrauen in den Arbeiterkreisen selbst. Man fragt, warum seid ihr so spät gekommen? Nun, es ist noch nicht zu spät. Die christlich-socialen Partei ist kein Kind mehr; nicht nur der Klerus, sondern wacker Männer aus allen Klassen der kath. Gesellschaft, unter dem Adel wie unter den Kapitalisten, reichen sich die Hand, um eine christliche Lösung der socialen Frage anzustreben. Schulze-Delitzsch hat bereits gesehen müssen, daß in den Rheinlanden für ihn nichts mehr zu machen sei, da die christlichen Socialisten dort mehr und mehr das ganze Terrain occupiren. Conservirung des Mittelstandes durch Gründung christlich-socialer Genossenschaften ist die Parole; durch Gottes Hilfe und durch Selbsthilfe, nicht Staatshilfe, soll das Kapital gezwungen werden, vor dem Arbeiter den Hut abzunehmen. Aufgabe der christlich-socialen Partei ist es, die Klust, welche sich zwischen dem Arbeiter und dem Arbeitgeber aufgethan, durch die Liebe auszufüllen, und zu dieser Aufgabe haben auch protestantische Nationalökonomien und Worte der Ermunterung zugerufen, wie die Bischöfe und das Oberhaupt der Kirche selbst den Segen dazu gegeben haben. Heute, so schloß der Redner, habe er Gelegenheiten gehalten für eine Mitarbeiterin auf dem christlich-socialen Felde, für die Barmherzige Schwester, welche bei dem Brande von Konstantinopel auf ihrem Posten ein Opfer der Flammen geworden sei. Wie der Vorredner, so wendet sich Hr. Kaplan Cronenberg aus Aachen, Präsident des dortigen Arbeitervereins, an die anwesenden Arbeiter. Nicht so sehr als Priester wie vielmehr als Mitglied der christlich-socialen Partei trat er vor die Versammlung, um ein Bild der gegenwärtigen socialen Lage zu entwerfen. Im Jahre 1789 habe der dritte Stand über den Klerus und Adel gesiegt; von diesem Siege aber habe er, da es ihm an sittlichem Geiste gefehlt, nicht den rechten Gebrauch gemacht. Er wolle nicht mehr ein Stand, sondern der Stand sein. Der dritte Stand habe aber noch einen Stand unter sich, mit dem er rechnen müsse, der vierte Stand. Diesem habe die Bourgeoisie eingetretet, der Adel taugte nichts und der Klerus taugte nichts; ihr, der Bourgeoisie, müsse der vierte Stand sich anvertrauen, dann würden seine Interessen am besten gewahrt werden. Damit der Arbeiter nicht Zeit habe, über seine Lage nachzudenken, suche man seinen Geist zu beschäftigen; das Mittel dazu sei der Arbeiterfortbildungsverein, der dem Hochmuth des Arbeiters in ungemessener Weise schmeichle. Dann debucire man dem Arbeiter, er habe den Fabrikantenstab in der Tasche, um ihn durch diese offenbar trügerische Hoffnung gefügig zu machen. (In eine Kritik der Schulze-Delitzsch'schen Systeme eingehend, vertritt sich der Redner so sehr auf das persönliche Gebiet, daß derselbe von dem Präsidenten daran erinnert werden mußte, zur Sache zurückzukehren, worauf er abtrat.)

Hr. Frhr. v. Ketteler, welcher vor einigen Wochen von einer Reise nach Rom und Italien zurückgekehrt ist, entwirft der Versammlung eine Schilderung der italienischen Zustände. Unter dem Deckmantel der Freiheit knechte man im Königreiche Italien die Kirche, entchristliche die Schule und sauge das Volk aus. Und doch habe auch dort das Volk das Recht, seine Vertreter selbst zu wählen. Aber die guten Katholiken hielten sich leider von den Wahlen fern und überließen ihren Gegnern das Feld. Das müsse für die preussischen Katholiken eine Lehre sein. Sie sind zwar in der Minorität, aber diese Minorität ist so bedeutend, daß ein Gesetzgeber sie unmöglich ignoriren kann. Darum gilt es, im Herbst christliche, uneigennütige und einsichtige Männer zu wählen, wenn den Katholiken die Wahrung ihrer Rechte lieb ist.

Als letzter Redner sprach der Vikariats-Affessor Klein aus Paderborn, um zum Vertrauen auf den Sieg der katholischen Sache aufzufordern und vor Gleichgültigkeit zu warnen. Der Redner wandte sich, an ein geflügeltes Wort von Alban Stolz anknüpfend, in längerem Vortrage gegen die zwangsweise Einführung der Civilhoch- und der konfessionslosen Schule. Das Volk dürfe keinem Vertreter seine Stimme geben, der nicht hinreichende Garantien biete, daß es von dieser, wie von jener nichts wissen wolle.

Vor Schluß der Versammlung verlas der Präsident ein inzwischen eingelaufenes Begrüßungs-Telegramm von der Aachener „Constantia“, welche an dem heutigen Tage ihr fünf- undzwanzigjähriges Stiftungsfest begeht. Der Gruß wurde mit telegraphischem Ergengruß und einem Hoch auf die „Constantia“ erwidert. Der Vorsitzende warf dann einen kurzen Rückblick auf Zweck und Verlauf der heutigen Versammlung und schloß dieselbe gegen 8 Uhr mit einem Hoch auf den heil. Vater, welches dreimaligen begeisterten Wiederhall fand.

*) Die Aachener kath. Bürger-Gesellschaft „Constantia“ wurde im Jahre 1845 zur Erinnerung an den mannhaften Erzbischof Clemens August gegründet. Ihr, oder der katholischen Gesellschaft „Parlament“ in Elberfeld, welche am 10. Juli d. J. gleichfalls ihr fünf- undzwanzigjähriges Stiftungsfest feiert, gebührt die Ehre, der erste kath. Verein Deutschlands zu sein. (Köln. V. 3.)

Karlsruhe, 2. Juli. Der Soldat der 9. Kompagnie des Leib-Grenadierregiments, welcher vor einigen Tagen bei einer Feldübung aus übermäßigem Eifer, zur Ausspähung des Gegners, auf einen Baum kletterte und von diesem, in Folge eines Astbruchs, herab und in das Bayonnet seines unter dem Baum stehenden Kameraden fiel, ist leider gestern früh seinen Wunden erlegen. Derselbe wurde heute Nachmittag unter größerer Theilnahme von Seite des Militärs, wie sonst üblich, zur Erde bestattet, indem dem von den Kameraden geschmückten Sarge viele Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten des Füsilierbataillons nachfolgten.

Karlsruhe, 5. Juli. In der heutigen Sitzung des großen Ausschusses wurde der Gasvertrag mit der Stadt Mühlburg nach kurzer Diskussion einstimmig genehmigt. Zum Schluß richtete Hr. Oberbürgermeister Malsch einige Abschiedsworte an die Versammlung, auf welche Hr. Bierbrauer Clever mit einem Hoch antwortete, in welches die Versammlung begeistert einstimmt.

S. Baden, 6. Juli. Gegen 6 Uhr gestern Abends verkündeten Böllerschüsse, daß die Wahl des Bürgermeisters hiesiger Stadt beendet sei. Der bisherige Bürgermeister, Herr Gaus, erhielt 616 Stimmen von 660 Wählenden. Dieses Resultat konnte nur dadurch erzielt werden, daß sich alle Parteien vereinigten. Abends war ein Banket in den Sälen der neuen Turnhalle bestimmt, welches Herr Gemeinderath Lang mit einer gebienger Rede eröffnete. Herr Bürgermeister Gaus ergriff das Wort, um in gewohnter Weise bündig und kräftig zu sprechen. Die Herren Wolf und Schnepf brachten gleichfalls Toaste. Gehoben wurde die freudige Stimmung durch die gelungenen Vorträge der Gesangvereine „Aurelia“, „Hohenbaden“ und des Turnvereins, daß auch Instrumentalvorträge nicht fehlten, versteht sich von selbst. Es mögen gegen 1000 Gäste anwesend gewesen sein und dauerte die gefellige Unterhaltung bis gegen 4 Uhr Morgens in unge störter Heiterkeit. Die Gemeinderathswahlen dürften etwas schwieriger vor sich gehen. Fremdenzahl: 17,113.

Heidelberg, 4. Juli. (Heidelb. Ztg.) Das groß. Bezirksamt hat die Bornahme der Wahl eines ersten Bürgermeisters der Stadt Heidelberg auf Donnerstag, den 14. d. M., anberaumt.

Die Anzahl der bis Ende Juni hier gegenwärtig gewesenen Fremden beträgt bereits etwas über 25,000.

Neueste Post.

□ **Waldbörn, 6. Juli.** Bürgermeisterwahl: 216 rothe, 339 schwarze. Kiefer gewählt.

○ **Signaringen, 6. Juli.** Es verlautet hier mit Bestimmtheit, daß eine spanische Gesandtschaft hier gewesen sei, mit Prinzen Leopold unterhandelt und von ihm die Zusage bekommen habe, er werde den spanischen Thron besteigen. Oloaga behauptet jedoch, nicht die Regierung, sondern nur Prim auf eigene Person hin habe mit dem Prinzen unterhandelt.

* **Wien, 6. Juli.** Die Annahme der spanischen Thronkandidatur durch den Prinzen Leopold von Hohenzollern gab Anlaß zu einem Depeschenaustausch zwischen den Kabinetten. Man versichert, daß die Kabinete von London, Florenz und Wien geneigt sind, ihre diplomatische Aktion mit derjenigen Frankreichs zu verbinden, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu ebnet.

□ **Paris, 7. Juli.** Gesetzgeb. Körper. Grammont, die Interpellation Coehery's beantwortend, konstatirt, Prim habe dem Hohenzollerprinzen die spanische Krone angeboten. Die französische Regierung werde die Installation eines Prinzen durch eine ausländische Macht zu verhindern suchen. Die Installation würde das europäische Gleichgewicht zu Frankreichs Nachtheil stören. Ollivier sagt, die Regierung wünsche womöglich die Friedenserhaltung, aber in für Frankreich ehrenhafter Weise. Würde Krieg nothwendig, so werde die Regierung ihn nicht ohne Zustimmung der Legislative unternehmen.

Madrid, 6. Juli. Der „Imparcial“ sagt: Im Ministerrathe von la Granja war vollkommene Einigkeit. Der Regent billigte das Benehmen Prim's. Alle Minister ermächtigten das Cabinet, die für passend erachteten diplomatischen Unterhaltungen zu eröffnen, um den Cortes den Kandidaten vorzustellen zu können, der den Wünschen der Majorität der Cortes entspricht.

Die Cortes werden sich am 22. Juli versammeln. Die Königswahl am 1. August stattfinden. Die Anhänger des Ministeriums hoffen, der Kandidat werde 200 Stimmen erhalten.

Der Kandidat wird am 1. November, wo auch die Deputirten wiederkehren, nach Spanien kommen. Ein spanisches Geschwader wird ihn in einem deutschen Hafen abholen. Er soll eine Civilliste von 20 Mill. haben.

Auf Verlangen bescheinigen wir dem Hrn. Spitalverwalter Schaffner in Breisach, daß er noch keinerlei Artikel in unser Blatt eingesandt hat.

Karlsruhe, 6. Juli 1870.
Die Redaktion des „Bad. Beobachters.“

Im Verlage des Unterzeichneten ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Fort schrittlich.

Culturhistorische Novelle

von **Conrad von Voland.**

8. geh. 1 fl. 30 kr. — 25 Sgr.

Die Schönheit der Zeichnung und die Wahrheit in Behandlung der Stoffe erheben auch „Fort schrittlich“ zu einem Meisterwerke des hochgefeierten katholischen Novellisten. Jedem Leser drängt sich sofort die Ueberzeugung von der Lüge, von der Häßlichkeit und grundverderblichen Wirksamkeit des modernen Fortschrittsgeistes auf. Insofern Gehalt und Streben des Fortschritts allenthalben dieselben, trägt Volandens culturhistorische Novelle einen unverfälschten Charakter, — insofern jedoch specifisch bayerische Verhältnisse berührt erscheinen, gewinnt das Buch für Leser genannten Landes ein noch erhöhtes Interesse.

Mainz, 1870.

Franz Kirchheim.

Einladung und Programm

zur **zwölften Versammlung des volkswirtschaftl. Kongresses in Lübeck**

vom 22. bis 25. August 1870. Eröffnung am 22. August Vormittags 10 Uhr.

1. Die Anmeldung zur Mitgliedschaft, wie die Ausständigung der Mitgliedskarten nebst etwaigen Schriften über die Berathungsgegenstände, erfolgt, gegen Erlegung von 3 Thalern oder 5 1/4 Gulden süddeutscher oder 4 1/2 Gulden österr. Währung, bei dem Local-Comité, vom 21. August an, in dem später zu bezeichnenden Anmeldebureau. Die Mitgliedschaft steht Jedermann frei. Staats- und Gemeinde-Behörden, Gesellschaften, Vereine und Geschäftshäuser können durch Bevollmächtigte vertreten werden.

2. Die Mitglieder früherer Kongresse, wie neu hinzutretende Mitglieder, welche auf dem Kongresse zu erscheinen verhindert sind, erhalten, gegen Einfindung des obengedachten Jahresbeitrages an das Local-Comité in Lübeck oder an den Schatzmeister, Kanzleirath Quandt in Berlin (Artilleriestr. 7), ein Exemplar der Berichte nebst vorhandenen Schriften.

Tages-Ordnung des Kongresses.

- a. Entgegennahme etwaiger neuer Anträge von Mitgliedern, dergleichen statutenmäßig nur vor oder bei Eröffnung des Kongresses gestellt werden können, über deren Berathung und den Zeitpunkt derselben der Kongress entscheidet.
- b. Berathungen, in der Regel sofort im Plenum, über folgende Gegenstände:
 - I. (Unter Bezugnahme auf die Verhandlungen auf dem XI. Kongresse über Armenpflege und Armengesetzgebung.)
 - a. Unterstützung-Wohnst. Referent: Dr. Oppenheim — Berlin.
 - b. Milde Stiftungen. Referent: Dr. Baumeister — Hamburg.
 - II. Die Bankfrage. Referent: Dr. Alex. Meyer — Breslau.
 - III. Die Doppelwährung. Referent: Prince-Smith — Berlin.
 - IV. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Strikes. Referent: Dr. Witte — Rostock.
 - V. Die Haftbarkeit für Unfälle zur See. Referent: Dr. Lammerz — Bremen.
 - VI. Kanal- und Flußschiffahrt. Referent: Dr. Moritz Wiggers — Rostock.
- c. Wahl der ständigen Deputation zur Geschäftsführung für das folgende Jahr — von neuen Mitgliedern mit dem Rechte der Cooptation.

Zur Vorbereitung und zum Empfang des Kongresses in Lübeck hat sich mit dankenswerther Bereitwilligkeit ein Local-Comité gebildet aus den Herren: Senator Dr. W. Bremer (Vorsitzender), Senator Dr. Plessing, Kaufmann J. C. W. Freese, Dr. H. Dettmer, Senator Schroeder, Konsul Minlos, Konsul Fehling, C. D. Lienau, Aug. Rehdor, Konsul Harms, Direktor N. Wichmann, Oberpost-Direktor H. Lingnau, Dr. Bruns, Dr. Klügmann, Dr. Müller, Dr. Klug, Heinrich Claasse, Alb. Grube, G. D. Legtmeyer, Konsul Robbe, H. C. Koch, Dr. Sach, Dr. Krieg, Dr. Schoen. Berlin, den 24. Juni 1870.

Die ständige Deputation des Kongresses deutscher Volkswirthe.

- | | |
|--------------------------------------|----------------------------|
| Prince Smith (Berlin), Vorsitzender. | Dr. Alex. Meyer (Breslau). |
| Dr. Hamburger (Mainz). | Dr. Michaelis (Berlin). |
| b. Behr (Schmoldow). | G. Müller (Stuttgart). |
| Dr. Böhmert (Zürich). | Dr. Pfeiffer (Stuttgart). |
| Dr. Braun (Berlin). | Dr. Reusch (Dresden). |
| Dr. Dora (Pesth). | H. Ridert (Danzig). |
| Dr. Gunninghaus (Karlsruhe). | Schulze-Delisch (Potsdam). |
| Dr. Faucher (Berlin). | Dr. Sorbier (Hamburg). |
| Dr. Görz (Mainz). | Dr. Weigel (Cassel). |
| Dr. Lammerz (Bremen). | Dr. Wolff (Stettin). |
| Dr. Rafowiczka (Erlangen). | R. Zwieter (Magdeburg). |

Impressen

werden stets angefertigt und sind zu haben in der Buchdruckerei von **J. Großmann** in Karlsruhe.

für alle bei katholischen Pfarreien u. Stiftungs-Commissi-
sionen vorkommenden Fälle (Tauf-
buch, Ehebuch, Todtenbuch etc. etc.)

Kreis-Schießen in Karlsruhe verschoben auf den 21. August.

808.2.1. Der Verwaltungsrath.

Epileptische Krämpfe (Fallsucht)

heilt brieflich der Spezialarzt für Epilepsie Doctor **O. Killisch** in Berlin, Louisestraße 45. — Bereits über Hundert geheilt. 75.99

Badisch Rheinfelden.

Soolbad zum Bahnhof.

Eröffnet Mitte Mai. Neu errichtet mit schönen Anlagen. Prospekte gratis. 580.7.4. Der Eigenthümer **J. Hackl.**

Literarische Anzeige.

Meine Centifolie.

Hundert Gedichte von **R. F. Schöcklin**. Unter obigem Titel wird in meinem Selbstverlage und in Commission der Hasper'schen Hofbuchdruckerei (A. Horchler) in Karlsruhe ein Band meiner Gedichte erscheinen, von denen einzelne schon gedruckt herausgekommen sind, ein großer Theil aber noch nicht veröffentlicht ist. Die Sammlung wird einen mäßigen Band füllen, dessen Preis zwei Gulden nicht übersteigt.

Subscriptionen liegen in den hiesigen Buchhandlungen auf.

R. F. Schöcklin.

806.2.2. Steinmauern.

Geld auszuleihen.

Im Kirchenbau- und in Steinmauern sind 100 fl. auszuleihen. Die kath. Stiftungskommission.

810.2.1. Elzach.

Geld auszuleihen.

Beim Kirchenfond Elzach liegen 1425 fl. auf gesetzliche Versicherung zum Ausleihen bereit.

Der Verrechner **Haberstroh.**

Der Unterzeichnete ist durch Beschluß des Hochw. Erzbischöflichen Kapitels-Vicariats Freiburg zum Betrieb der Posten-Bücherei ermächtigt und daraufhin vom hiesigen Stadtpfarramt verpflichtet worden.

Derselbe empfiehlt sich den Hochw. Pfarrämtern unseres Landes unter Zusage schneller und reeller Beforgung der ihm gewordenen Aufträge.

Endingen, den 4. Juli 1870.

Karl Kindler,

807.2.2. Stadtpfarr-Mechner.

Die Glasmalerei Anstalt

von **M. Vanger** in München, Sindlingerlandstraße 22, empfiehlt sich einem hochw. Clerus, sowie T. Kirchenpflegern zur Anfertigung gemalter Kirchenfenster. Die Anstalt liefert nur ausgezeichnete Arbeit bei billigen Preisen und kann sich auf die anerkanntesten Zeugnisse berufen. 785.4.2

Lehrlingsgesuch.

Ein braver junger Mann kann bei Unterzeichnetem in die Lehre treten.

Waldshut. **Hermann Bruder,**

799.4.4. Wachsbleicher u. Wachsfabrikant.

Fahrniß-Versteigerung

findet heute Nachmittag 2 Uhr Zähringerstraße Nr. 77 hier statt, wozu Liebhaber einladet 813

J. Scharpf, Commissionär.

Das bereits über 29 Jahre dahier bestehende Commissions-Bureau von **J. Scharpf**

welches die Fertigung von Witt-Gesuchen an die höchsten Landes-, sowie jedwede andere Dienststellen, nebst Bürger-Annahms- und Heiraths-Gesuchen, Haus- u. Fahrniß-Versteigerungen, die Betreibung ausstehender Schuldenposten auf gutlichem und gerichtlichem Wege im In- und Ausland übernimmt, sowie auf gestellte Anfragen gewissenhafte Auskunft und nach Verlangen Rath erteilt, befindet sich 22.24. **Karlsruhe 43.**

Rudolf Mosse

officieller Agent sämtlicher Zeitungen **St. Gallen — Berlin — München** befasst sich lediglich mit der prompten Beförderung von

Annoncen

jeder Art ohne Preis-Erhöhung, ohne Porto oder sonstige Spesen **zu Original-Preisen.** Bei grossen Aufträgen Rabatt. Jede gewünschte Auskunft, sowie Zeitungs-Cataloge nebst Preis-Tarif pro 1870 gratis und franco.

Verlosungen.

Herzogl. Sachsen-Meiningen'sche 7-fl. Loose. Am 1. Juli wurden folgende Serien gezogen: Nr. 110 128 161 701 1711 1813 2251 3156 3192 3355 3941 4635 5234 6299 6486 7598 8792 8800 8645 9931.

Hamburg, 1. Juli. Bei der heutigen Serienziehung der 100-Mark-Bank-Loose wurden folgende Nummern gezogen: 37 106 112 122 186 274 278 315 322 352 383 409 430 447 643 772 849 850 972 1077 1247 1255 1383 1497 1519 1597 1620 1702 1720 1785 1793 1804 1863 1897 1911.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, den 6. Juli.

Staatspapiere.		Rheinl. u. Westf. Eisenbahn-Aktien.		Böhm. Eisenbahn-Aktien.		Sächs. Eisenbahn-Aktien.		Preuss. Eisenbahn-Aktien.		Russl. Eisenbahn-Aktien.		Osterr. Eisenbahn-Aktien.		Andere Eisenbahn-Aktien.		Börsen-Cours.	
Deutsches 5% Einz. St. d. S.	57 1/2	4 1/2% Obligation d. Rheinl. u. Westf. E.B.	92 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	101 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	101 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	101 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	101 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	101 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	101 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	101 1/2
5% Einz. St. d. S.	58 1/2	4% Obligation d. Rheinl. u. Westf. E.B.	85 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	49 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	49 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	49 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	49 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	49 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	49 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	49 1/2
5% Einz. St. d. S.	59 1/2	3% Obligation d. Rheinl. u. Westf. E.B.	80 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	79 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	79 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	79 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	79 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	79 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	79 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	79 1/2
5% Einz. St. d. S.	60 1/2	2% Obligation d. Rheinl. u. Westf. E.B.	75 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	78 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	78 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	78 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	78 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	78 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	78 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	78 1/2
5% Einz. St. d. S.	61 1/2	1% Obligation d. Rheinl. u. Westf. E.B.	70 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	77 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	77 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	77 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	77 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	77 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	77 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	77 1/2
5% Einz. St. d. S.	62 1/2	0% Obligation d. Rheinl. u. Westf. E.B.	65 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	76 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	76 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	76 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	76 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	76 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	76 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	76 1/2
5% Einz. St. d. S.	63 1/2	0% Obligation d. Rheinl. u. Westf. E.B.	60 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	75 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	75 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	75 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	75 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	75 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	75 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	75 1/2
5% Einz. St. d. S.	64 1/2	0% Obligation d. Rheinl. u. Westf. E.B.	55 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	74 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	74 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	74 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	74 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	74 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	74 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	74 1/2
5% Einz. St. d. S.	65 1/2	0% Obligation d. Rheinl. u. Westf. E.B.	50 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	73 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	73 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	73 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	73 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	73 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	73 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	73 1/2
5% Einz. St. d. S.	66 1/2	0% Obligation d. Rheinl. u. Westf. E.B.	45 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	72 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	72 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	72 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	72 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	72 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	72 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	72 1/2
5% Einz. St. d. S.	67 1/2	0% Obligation d. Rheinl. u. Westf. E.B.	40 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	71 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	71 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	71 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	71 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	71 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	71 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	71 1/2
5% Einz. St. d. S.	68 1/2	0% Obligation d. Rheinl. u. Westf. E.B.	35 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	70 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	70 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	70 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	70 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	70 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	70 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	70 1/2
5% Einz. St. d. S.	69 1/2	0% Obligation d. Rheinl. u. Westf. E.B.	30 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	69 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	69 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	69 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	69 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	69 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	69 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	69 1/2
5% Einz. St. d. S.	70 1/2	0% Obligation d. Rheinl. u. Westf. E.B.	25 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	68 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	68 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	68 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	68 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	68 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	68 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	68 1/2
5% Einz. St. d. S.	71 1/2	0% Obligation d. Rheinl. u. Westf. E.B.	20 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	67 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	67 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	67 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	67 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	67 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	67 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	67 1/2
5% Einz. St. d. S.	72 1/2	0% Obligation d. Rheinl. u. Westf. E.B.	15 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	66 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	66 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	66 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	66 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	66 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	66 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	66 1/2
5% Einz. St. d. S.	73 1/2	0% Obligation d. Rheinl. u. Westf. E.B.	10 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	65 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	65 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	65 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	65 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	65 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	65 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	65 1/2
5% Einz. St. d. S.	74 1/2	0% Obligation d. Rheinl. u. Westf. E.B.	5 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	64 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	64 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	64 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	64 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	64 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	64 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	64 1/2
5% Einz. St. d. S.	75 1/2	0% Obligation d. Rheinl. u. Westf. E.B.	0 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	63 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	63 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	63 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	63 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	63 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	63 1/2	5% Def. E.B. u. Lomb. E.B.	63 1/2

Druck von **J. Großmann**, Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.